

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulkommission und des Hauptkollektors zu Baun, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erkennungswort: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen leibzettel Bestellungen entgegen.

Politische Konten: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindefordernisverordnungsamt Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundschriftzeile 25 Pfg., breite Anzeigen 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamazeile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Abat nach Tarif. — Sammelanzeigen tarifm. Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 99

Donnerstag, den 29. April 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

* Zu dem sozialdemokratisch-kommunistischen Forderungengesetz haben die Demokraten einen Zusatzantrag eingebracht, weil der Kompromißantrag der Regierungsparteien nur noch geringe Aussichten auf ein Zustandekommen hat.

* Aus Anlaß der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages hat zwischen Stresemann und Tschitscherin ein Telegrammwechsel stattgefunden.

* Wie in Berlin verlautet, wird Dr. Stresemann Ende Mai den Besuch Tschitscherins in Moskau erwidern.

* Der Reichstag hat Dienstag nachmittag seine Beratungen wieder aufgenommen. Das Arbeitsgerichtsgesetz wurde dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist von 1 942 000 am 1. April auf 1 884 000 am 15. April 1926, das ist um 3 Proz. zurückgegangen.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die Brücke von Berlin nach Moskau.

Dr. Stresemann über den Berliner Vertrag.

Berlin, 27. April. (Drahtb.) Der Berliner Korrespondent der Hearst-Presse faßelt seinen Wäutern ein Interdium mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann über den Vertrag mit Rußland. Der Außenminister glaubt, daß die kritischen, wenn nicht gar polemischen Ausführungen der Presse gewisser Länder, die den Locarnovertrag unterschrieben haben, gegenüber den deutsch-russischen Abmachungen größtenteils auf innerpolitische Beweggründe zurückgeführt werden können. Besonders Polen habe keine Veranlassung, sich durch die deutsch-russische Verständigung bedroht zu fühlen. Im Gegenteil, die Brücke, die die deutsch-russische Verständigung von Berlin nach Moskau schlägt, dürfe sich als bessere Sicherung des Friedens für Europa und somit auch für Polen erweisen, als die polnischen Truppen, die heute an der russischen Grenze Wacht halten. Diese letzte Wendung des Reichsaußenministers ist eine offensbare Anspielung auf die Ausführungen Paul-Boncourts während dessen Warschauer Aufenthaltes. Zu einer Debatte über den Artikel 16 der Völkerbundscharte in Zusammenhang mit dem Berliner Vertrag sieht Dr. Stresemann keine Veranlassung. Im übrigen sei die Interpretation dieses Artikels auch innerhalb der gegenwärtigen Mitglieder des Völkerbundes noch in manchen Punkten Gegenstand der Erörterungen. Es erscheine ihm auch fraglich, ob eine detaillierte Kodifizierung des Rechtes nach Artikel 16 erwünscht sei. Erfahrungsgemäß führe ein solches Verfahren zur Umkehrung des Zieles, der Buchstabe über den Geist. Auf diesen Geist scheine es aber anzukommen, auf den Geist des Friedens und der loyalen Zusammenarbeit auf allen Seiten. Er möchte annehmen, daß die Brücke, die durch die deutsch-russische Verständigung von Berlin nach Moskau geschlagen worden sei, die Friedensbrücke von Locarno ergänze und verstärke.

Telegrammwechsel zwischen Stresemann und Tschitscherin.

Wien, 27. April. Zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem russischen Volkstammminister Tschitscherin hat aus Anlaß der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages folgender Telegrammwechsel stattgefunden:

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich soeben mit dem Herrn Vorkämpfer Kossinski die Abmachungen unterzeichnet habe, deren Grundlage wir im vorigen Jahre erörterten. Ich bin der festen Zuversicht, daß der geschlossene Vertrag dem Zweck gerecht werden wird, dem zu dienen er bestimmt ist: auf der durch den Kapalkoertrag geschaffenen Grundlage des freundschaftlichen und friedlichen Zusammenwirkens beider Völker an der Befestigung des Weltfriedens mitzuwirken.

Stresemann.

Ich danke Ihnen aufs wärmste für die freundliche Mitteilung über die Unterzeichnung unseres neuen Vertrages. Ich freue mich, feststellen zu können, daß die Besprechungen, die ich im vorigen Jahre mit dem Reichstanzler und Ihnen ge-

habt habe, zu einem positiven und hoch erfreulichen Ergebnis geführt haben. Wir fassen unseren Vertrag auf als ein Werkzeug des Friedens, das zur Befestigung des Weltfriedens beitragen soll. Der Geist von Rapallo lebt in diesem Vertrag weiter und läßt seinen wohlthuenden Einfluß auf die allgemeine Lage aus.

Tschitscherin.

Reise Strzyszkis und Stressemanns nach Moskau?

Berlin, 27. April. Der Tag meldet aus Warschau; daß man in Moskau Regierungskreisen den Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Grafen Strzyszki für Mitte Mai erwartet. Strzyszki wolle den letzten Besuch Tschitscherins in Warschau erwidern. Wie ferner verlautet, soll auch Dr. Stresemann Ende Mai in Erwiderung des offiziellen Besuches Tschitscherins in Berlin nach Moskau kommen.

Meinungsaustausch der Signatarmächte des Locarnopaktes.

Paris, 27. April. (Drahtb.) Am Dual d'Orsay wird mitgeteilt, daß die Signatarmächte des Locarnopaktes mit Ausnahme Deutschlands einen Meinungsaustausch über den deutsch-russischen Vertrag eröffnen werden.

Paris, 27. April. (Drahtb.) Ueber das Verhältnis des deutsch-russischen Vertrages zum Locarnopakt ist bereits zwischen den Mächten ein Meinungsaustausch in Gang gekommen. Der englische Unterstaatssekretär William Tyrrell, der von seiner Rückreise aus Rom in Paris eingetroffen ist, hatte in dieser Angelegenheit mit dem Generalsekretär des Dual d'Orsay Berthelot eine ernste Besprechung.

Genf, 27. April. (Drahtb.) An maßgebender Stelle des Völkerbundes ist man der Ansicht, daß für die Beurteilung des deutsch-russischen Vertrages der Wortlaut nicht ausreicht, sondern festzustellen sein wird, wie der Vertrag von den beiden Kontrahenten und allen am Vertrag Interessierten, beispielsweise England, Frankreich und Polen ausgelegt werden würde.

Mißgünstige Genfer Kritik am Berliner Vertrag.

Genf, 28. April. (Drahtb.) Die Genfer Tribuna schreibt zu dem deutsch-russischen Vertrag: Die Absicht der Sowjetregierung ist klar. Sie will sich Deutschland bedienen, um in die inneren Angelegenheiten des Völkerbundes einzugreifen und um die Anwendung der Locarnoverträge zu kontrollieren. Wenn man den aggressiven Ton der letzten Rede Tschitscherins an den Völkerbund in Betracht zieht, so wird man in diesem Vertrag eine schwere Bedrohung des Völkerbundes bemerken. Herr Stresemann versichert allerdings, daß sein einziges Ziel der Frieden Europas sei. Wird die Reichsregierung diese Politik auch durchführen können? — Das Journal Genève schreibt: Scheinbar entspricht der Neutralitätsartikel des neuen Vertrages völlig dem Gedanken des Völkerbundes. Indem sich aber das Deutsche Reich ganz offen das Recht vorbehält, selbständig und frei zu entscheiden, ob es bei einem internationalen Konflikt Rußland als Angreifer betrachtet, hat es sich eine wahrhaft beunruhigende Handlungsfreiheit bewahrt. — Nicht weniger bedenklich erscheint dem Blatt die Tatsache, daß daselbe Deutschland, das jetzt in den Völkerbund eintritt, im gleichen Augenblick mit dem „großen Feind des Völkerbundes“ verhandelt und abschließt.

Polen und der Berliner Vertrag.

Berlin, 27. April. Die Abendblätter melden: Unter der Ueberschrift „Die Vernichtung Polens“ schreibt Professor Stronski in der Warschauer Zeitung, der Berliner Vertrag sei allgemein gegen den Völkerbund, besonders jedoch gegen Polen gerichtet. Die Artikel 2 und 3 des Vertrages verstießen gegen den Artikel 16 des Völkerbundsstatutes. Deutschland und Rußland hätten also einen gemeinsamen Plan ausgearbeitet, um Polen zu vernichten. Deutschland würde als Mitglied des Völkerbundes im Falle eines russischen Ueberfalls auf Polen die erforderliche einstimmige Beschlußfassung des Völkerbundes für Unterstützung Polens unmöglich machen. Aber, so schreibt Stronski, Deutschland sei bisher noch nicht Mitglied des Völkerbundes und könne nur mit zweidrittel Mehrheit der Plenarversammlung aufgenommen werden. Diese Mehrheit lasse die Statuten des Völkerbundes jedoch anders auf als Deutschland.

Die italienische Presse zum deutsch-russischen Vertrag.

Rom, 27. April. (Drahtb.) Die Ankündigung des deutsch-russischen Vertrages hatte in der Presse vor allem wegen des zeitlichen Zusammenfalles mit der russischen Abgabe an Genf Beunruhigung hervorgerufen und man wollte darin ein Doppelspiel Deutschlands sehen. Allerdings wurde vor vorläufigen Schlüssen gewarnt und die jetzt erfolgte Bestätigung des Wortlautes des Vertrages hat tatsächlich zu einer gewissen Beruhigung geführt. „Messaggero“ schreibt in seiner heutigen Morgenausgabe, man könne den Grund nicht einsehen, warum gerade ein russisch-deutscher Vertrag besondere Beunruhigung hervorrufen solle, nachdem andere Nationen, die dem Völkerbund angehören, ähnliche Verträge bereits abgeschlossen hätten. Rußland wolle sich vor einer Isolierung schützen, in die es sich mit seiner Stellungnahme gegen Genf begeben habe und in der es durch die Bestätigung gern gehalten würde. Der deutsch-russische Vertrag bedeute so den Schlüssel für die zukünftige europäische Politik und werde daher trotz der Royalitätserklärung Stresemanns für Genf die europäischen Kabinette beschäftigen müssen. Italien werde Rußland seine Loyalität nicht verweigern.

Rumänien zum Berliner Vertrag.

Bukarest, 28. April. (Drahtb.) Trotz der Wahlkampagne hat der Berliner Vertrag in politischen Kreisen großes Interesse hervorgerufen. Die liberale Witorski schreibt, es sei bemerkenswert, daß der Russenvertrag im Gegensatz zum Locarnovertrag von den Parteien des Reichstages einstimmig angenommen worden sei. Stresemann sei ein geschickter Diplomat, denn er habe es verstanden, Rapallo mit Locarno zu vereinigen. Der demokratische Aboerul betont, daß jeder Lärm unnötig sei, wenn der veröffentlichte Text wirklich authentisch sei. Aus dem Notenwechsel zwischen Stresemann und Krestinski gehe hervor, daß der Vertrag defensiver Natur sei und in seinem Widerspruch zu Locarno stehe. Für Polen und Rumänien sei eine Aufklärung über die Folgen des Vertrages unnötig, da glücklicherweise Englands Politik gegen Moskau eingestellt sei und die Interessen Rumäniens vertrete.

Neue Unruhen in Kalkutta.

London, 27. April. (Drahtb.) In Kalkutta sind heute erneut schwere Unruhen ausgebrochen. Mehr als tausend Mohammedaner versuchten einen Angriff auf das Hindu-Quartier. Panzerwagen mußten mit Maschinengewehrfeuer eingreifen. Zwei Mohammedaner wurden dabei getötet, zehn verwundet.

Der Kampf um das Fürstenkompromiß.

Als das Reichsparlament sich vor Ostern vertagte, wußte man zwar, daß beim Wiederausbruch nach dem Feste noch ein erhebliches Programm zu bewältigen sei, doch ahnte man nicht, daß die Schwierigkeiten sich derart steigern würden, wie es nunmehr der Fall ist. Der Kampf um das Fürstenkompromiß ist in ein Stadium eingetreten, das die Möglichkeit einer späteren Einigung im Plenum so gut wie ausschließt. Die gesamte Linke hat sich zu einer festen Front zusammengeschlossen, und die Kampfansagen in der „Roten Fahne“ und im „Vorwärts“ zeigen deutlich, daß die Fraktionen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bereit sind, die Schlacht gegen das Kompromiß mit allen Mitteln durchzuführen und dem Volkentscheid zum Siege zu verhelfen.

Das Fürstenkompromiß im Rechtsausdruck.

Berlin, 27. April. (Drahtb.) Nach längerer Aussprache über den § 5 des Kompromißentwurfes zur Fürstenabfindung nahm der Rechtsausschuß des Reichstages unter Ablehnung aller Änderungsanträge den Absatz 1 bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und eines Teiles der Deutschnationalen an. Vor der Gesamtabstimmung erklärten die Sozialdemokraten, daß sie nach Ablehnung ihrer Anträge gegen den § 5 stimmen würden. Die Abstimmung über die weiteren Absätze und die Gesamtabstimmung wurde ausgesetzt. Der Ausschuß vertagte sich darauf.

Berlin, 27. April. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen erfährt, beabsichtigen die Demokraten im Reichstag am